

Pressemitteilung

26. Januar 2016

## Verpasste Chancen und versteckte Risiken beim Bau von Flüchtlingsunterkünften

Die Architektenkammer Berlin kritisiert das derzeit geplante Vorgehen im Land Berlin für den Bau von Flüchtlingsunterkünften. Nachdem bereits vor einigen Wochen die erste Ausschreibung für modulare Flüchtlingsunterkünfte für eine kontroverse Debatte unter Fachleuten, Pressevertretern und Bürgerinnen und Bürgern gesorgt hatte, sind über den Jahreswechsel eine Reihe von weiteren Ausschreibungen veröffentlicht worden, die noch Schlimmeres befürchten lassen.

Während es bei der ersten Tranche darum ging, einen so genannten „Amtsentwurf“ der Senatsverwaltung mit genau definierten Standards zu möglichst günstigen Preisen bauen zu lassen, wird bei den neuen Ausschreibungen die Planung vom „schlüsselfertigen“ Anbieter gleich mitgekauft. Zudem wird die Umsetzung auf eine Vielzahl verschiedener Akteure verteilt, ohne dass eine übergeordnete koordinierende Organisation erkennbar ist. Wie in diesem „Rundum-sorglos-Paket“ überhaupt Fachplaner angemessen beteiligt und honoriert werden, obliegt dann dem Auftraggeber – das sind in der zweiten Ausschreibung die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und die Berlinovo. Hier wird seitens der Architektenkammer befürchtet, dass vorwiegend nach dem günstigsten Preis vergeben wird und andere Kriterien wie Nachhaltigkeit, städtebauliche Einfügung, Eignung der Grundrisse und Materialien sowie eine spätere Umnutzung zu Wohnungen nachrangig oder gar nicht ausschlaggebend sind.

Mit gutem Grund galt bislang im Land Berlin die Trennung von Planung und Ausführung als Garant für Qualität und Wirtschaftlichkeit. Dabei wird die Planung nach dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis und damit der Qualität vergeben. Bei der nachfolgenden Ausführung steht oft der jeweils günstigste Preis im Vordergrund - nachdem in detaillierten Plänen und Leistungsbeschreibungen das Projekt mit seinen Qualitäten fixiert wurde. Dieser Grundsatz wurde nunmehr mit den aktuellen Ausschreibungen völlig über Bord geworfen. Das hat nicht nur zur Folge, dass die Qualität schwer gewährleistet werden kann, sondern es führt auch zu einer Konzentration auf wenige Anbieter. Kleine und mittelständische Firmen und Planungsbüros werden vom Wettbewerb ausgeschlossen und benachteiligt.

Es liegt auf der Hand, dass es die momentane Situation bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen erforderlich macht, schneller zu handeln als es die üblichen Planungsprozesse zulassen, weshalb der Bund als Gesetzgeber für diesen Sonderfall Ausnahmen und Erleichterungen zulässt. Damit sind durchaus Chancen verbunden: In Gebieten, wo Baurecht ansonsten nur in langwierigen Verfahren geschaffen



werden kann, kann jetzt in kurzer Zeit Wohnraum errichtet werden. Wenn integrierte Stadtentwicklung dabei jedoch aus Zeitgründen nicht vorkommt, kann dies schnell dazu führen, dass genau diese Chancen im wahrsten Sinn des Wortes verbaut werden. Mithilfe neuer Bausünden wird die Integration neuer Mitbürger kaum gelingen!

Die Architektenkammer Berlin fordert, dass Steuermittel nur für solche Gebäude ausgegeben werden, deren langfristige Nutzung und Einbindung in das städtische Gefüge gewährleistet ist und deren Planung durch unabhängige Fachleute angemessen begleitet wird. Der scheinbar „billige“ Einkauf wird ansonsten schnell zum Fehlkauf mit teuren Folgen, die wir alle gemeinsam bezahlen müssen.

---

**Architektenkammer Berlin**

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin

T 030 . 29 33 07-28, F 030 . 29 33 07-16

[kommunikation@ak-berlin.de](mailto:kommunikation@ak-berlin.de), [www.ak-berlin.de](http://www.ak-berlin.de)

